

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
LAbg. Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 27. Juni 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig und Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Autofahrer belohnen statt bestrafen“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Autofahrer belohnen statt bestrafen“

Laut Pendlerstatistik der Statistik Austria haben von den etwa 133.000 erwerbstätigen Burgenländern knapp 100.000 ihren Arbeitsplatz außerhalb der Wohngemeinde. Somit kann sich rund ein Drittel der burgenländischen Bevölkerung als Pendler bezeichnen. Von den knapp 30.000 Wien-Pendlern fahren laut einer Studie gerechnet auf den gesamten Tag 80 Prozent mit dem Auto. Im Bundesländervergleich belegt das Burgenland mit 679 PKW pro 1.000 Einwohner den Spitzenplatz und ist somit das „Land der Autos“.

Obwohl die Burgenländer nichts für ihre geographische Lage können, führt die schwarz-grüne Bundesregierung seit Jahren einen Feldzug gegen den Individualverkehr und nimmt keine Rücksicht auf Autofahrer. Fleißige Arbeiter, Angestellte und Familien werden immer mehr belastet statt entlastet. Die unbegreifliche CO₂-Steuer, welche seit 2022 jährlich ansteigt, führt zu einer weiteren Anhebung der Treibstoffpreise, obgleich jene seit zwei Jahren ohnehin schon viel zu hoch sind. Diese Strafsteuer muss aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen sofort abgeschafft werden!

Das amtliche Kilomergeld wurde in Österreich seit 13,5 Jahren nicht erhöht. Die Inflation, sei es bei den Spritpreisen oder Anschaffungs- und Erhaltungskosten für Fahrzeuge, hat man dabei anscheinend vergessen. Die zeitweilige Erhöhung des Pendlerpauschales um 50 Prozent ist vor einem Jahr ausgelaufen und wurde von der Bundesregierung nicht verlängert. Klimaaktivisten kosten dem Steuerzahler durch ihre sinnlosen Aktionen viel Geld. Die Autofahrer dürfen nicht die Dummen sein. Das Kilomergeld sollte in Anbetracht der Teuerung auf 84 Cent verdoppelt werden und das Pendlerpauschale ebenfalls spürbar erhöht werden. Warum Radfahrer und Fußgänger derzeit nur 4 Cent weniger Kilomergeld als Autolenker bekommen, ist jedoch zu hinterfragen.

Die Abzocke der Autofahrer setzt sich bei der Mineralölsteuer (MÖSt) fort. Denn 39,7 Cent je Liter Diesel und 48,2 Cent je Liter Benzin an Mineralölsteuer gehen an den Staat – die Bezeichnung „Melkkuh der Nation“ drängt sich leider förmlich auf. Wieso angesichts der bleibend hohen Treibstoffpreise nicht an eine Senkung dieser Steuer gedacht wird, ist unverständlich. Der dadurch mögliche „Tanktourismus“ wird oft als Ausrede benutzt, auf die Pendler wird wieder einmal vergessen.

Genauso ist die motorbezogene Versicherungssteuer in Österreich – etwa im Vergleich zur KFZ-Steuer in Deutschland – viel zu hoch. Auch hier könnte die Bundesregierung ansetzen und statt jährlichen Anhebungen eine deutliche Senkung herbeiführen. Zusammen mit einer Verminderung der Mineralölsteuer wäre den Autofahrern mehr geholfen als mit schwachsinnigen E-Auto-Förderungen. Bei diesen ist der Markt nämlich mittlerweile eingebrochen, da Kunden vermehrt an der Technologie zweifeln, etwa aufgrund der kürzeren Reichweite im Winter.

Als gäbe es noch nicht ausreichend Steuern auf Kraftfahrzeuge, wurde die Normverbrauchsabgabe (NoVA) aufgrund eines schwarz-grünen Initiativantrages im Nationalrat seit 2021 kontinuierlich erhöht und auf leichte Nutzfahrzeuge bis 3,5 t (Klein-LKWs) ausgedehnt. Schon im Entschließungsantrag Zl. 22-1628 hat der Freiheitliche Landtagsklub die Abschaffung gefordert. Für Klein-LKWs ist diese dringend notwendig, da Klein- und Mittelunternehmen dadurch erheblich belastet werden. Für Autos sollte zumindest eine Senkung der konsumfeindlichen NoVA umgesetzt werden, um die – ohnehin mittlerweile teure - Neuanschaffung von PKWs zu erleichtern.

Zuletzt ist es für Autofahrer und insbesondere Pendler sehr wichtig, eine gute Straßeninfrastruktur vorzufinden. Klimaschutzministerin Gewessler hat in ihrer Amtszeit viele Straßenprojekte in Österreich gebremst und manche sogar abgesagt. Mit ihrer Zustimmung zum EU-Renaturierungsgesetz gegen den eigenen Koalitionspartner und die Landeshauptmänner hat sie sich nun komplett „ins Out geschossen“. Es wird an ihrem Nachfolger liegen, gestoppte oder verzögerte Straßenprojekte wieder rasch aufzunehmen. Im Burgenland betrifft das vor allem den Lückenschluss der Südostautobahn A3 zur ungarischen Staatsgrenze und den zweispurigen Ausbau der Mattersburger Schnellstraße S4.

Sollte die Bundesregierung die geforderten Maßnahmen nicht oder nur teilweise ergreifen, ist die Burgenländische Landesregierung am Zug, die Pendler zu unterstützen. Wenn sich Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil schon beim sozialen Wohnbau den bundesrechtlichen Vorschriften des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) entzieht, müssen landespolitische Maßnahmen auch für die burgenländischen Autofahrer möglich sein. Zumindest sollten die Verdoppelung des Kilometergeldes und eine spürbare Erhöhung des Pendlerpauschales im Rahmen der Arbeitnehmerförderung als Zuschüsse zu den bestehenden Beträgen gewährt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- a) an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge aus den in der Antragsbegründung erläuterten Gründen
1. die CO₂-Steuer sofort abschaffen,
 2. das Kilometergeld verdoppeln und das Pendlerpauschale spürbar anheben,
 3. die Mineralölsteuer und die motobezogene Versicherungssteuer deutlich senken,
 4. die NoVA für Autos senken und für Klein-LKW abschaffen,
 5. die Straßeninfrastruktur weiter ausbauen;
- b) falls die Bundesregierung diese Maßnahmen nicht oder nur teilweise nicht ergreift,

den burgenländischen Pendlern die Verdoppelung des Kilometergeldes und eine spürbare Erhöhung des Pendlerpauschales im Rahmen der Arbeitnehmerförderung als Zuschüsse zu den bestehenden Beträgen zu gewähren.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.